

Elmar Wiesendahl

## Parteien in turbulenten Zeiten



**Elmar Wiesendahl**

(\* 1945) war Professor für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr in München. Er ist jetzt Geschäftsführer der Agentur für politische Strategie (APOS). Im *Budrich Verlag* erscheint in Kürze: *Volksparteien. Aufstieg Krise Zukunft*.

wiesendahl@politischestrategie.de

So viel Turbulenz war noch nie in 60 Jahren Parteiendemokratie. Die Parteien sind instabilen, stark wechselhaften Verhältnissen ausgesetzt, wobei sich ungleichzeitige, gar gegenläufige Prozesse überlagern. Die Zeiten sind wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch so bewegt, dass sich überstürzende Ereignisse zur Regel werden. Die Parteien werden mit überraschenden Problemen und Krisenschocks konfrontiert, für die keine Lösungskonzepte vorliegen. Gleichzeitig werden sie von der Öffentlichkeit und aus der Wählerschaft heraus mit Erwartungen überfrachtet, die sie nicht erfüllen können. Entsprechend enttäuscht und missgelaunt reagiert die Umwelt darauf und mit festen Wählerloyalitäten kann eh nicht mehr gerechnet werden.

Unter allen Parteien herrscht tiefe strategische Ratlosigkeit, wie man den unberechenbaren Turbulenzen Herr werden könnte. Die Volksparteien haben ihr Koordinatensystem zur Einschätzung der sich wandelnden Wählerumwelt verloren und entbehren eines Kompasses. Ihnen gehen Gewissheit und Übersicht ab, wie sich die unberechenbare Wählerschaft erfolgreich ansprechen und abholen ließe. Nun hat sich aber auch die Wählerlandschaft in ihrer starren Lagerstruktur aufgelöst und ist zu einer Fließmasse geworden. Die Parteien befinden sich auf einer Berg-und-Talfahrt, die alten Volksparteien sind dabei tendenziell in einen Abwärtssoh hineingeraten, während die Kleinparteien ihren Wähleranhang stark erhöhen konnten. Dieser ist aber nicht von verlässlichem Bestand;

überraschende Wählerhochs können sich in dramatischer Verfallsgeschwindigkeit wieder auflösen.

### **Schwindende Wählerbasis, soziale Entwurzelung**

Wie ging es den Volksparteien in den 60er und 70er Jahren noch gut, als sie ihre Glanzzeit erlebten. Ab den frühen 80ern setzte ein allmählicher Abschwung ein, der nun in einer gefährlichen Abwärtsspirale mündet. SPD und Union zieht es gleichermaßen bergab, wobei allerdings der Absturz der Union gegenwärtig noch bei der 35 Prozent-Marge haltmacht. Jenseits der Mainlinie und im Norden der Republik reicht die SPD auch noch an dieses Niveau heran, muss aber in den südlichen Regionen West- und Ostdeutschlands eine umso größere Substanzauszehrung ihrer Wählerbasis hinnehmen. Sowohl SPD als auch

CDU/CSU weisen nach ihrem Abstieg in ihrer volksparteilichen Mobilisierungs- und Integrationsfähigkeit starke Verschleißerscheinungen auf, so dass sie sich von ehemaligen Großparteien der Premiümliga zu »medium sized«-Parteien zurückentwickelten.

Sie haben, gemessen an ihren Bestzeiten, insgesamt 38 % ihres Stimmenanteils am Wählermarkt eingebüßt. Die SPD musste zwischen 1998 und 2009 10 ihrer ursprünglich 20 Millionen Wählerinnen und Wähler abschreiben, während die CDU/CSU zwischen 1994 und 2009 von 20 auf 15 Millionen Wähler absackte. Und da auch die Wahlbeteiligung um 20 % fiel, können sich CDU/CSU und SPD zusammen seit 2009 nur noch auf ein Wählermandat von ca. 40 % aller Wahlberechtigten stützen. Im besten Jahr 1976 waren es noch 82 % aller Wahlberechtigten. Den Rückzug aus der Wählerschaft begleitet ein sozialer Entwurzelungsprozess, weil CDU/CSU und SPD zusammen zwischen 1983 und 2010 knapp 40 % an Mitgliedern verloren haben. Allein die SPD-Basis ist um die Hälfte geschrumpft.

### **Triumph und Absturz liegen nah beieinander**

Der Niedergang der Volksparteien hat erst den Grünen, dann der Linkspartei zum parlamentarischen Durchbruch verholfen, so dass nun in einem »fluiden Fünf-Parteien-System« (Oskar Niedermayer) fünf Parteien um die Verteilung des durch Wahlverzicht kleiner gewordenen Wählerkuchens konkurrieren. Dies erklärt den Abstieg speziell der SPD, der nun die Stimmen des linken Wählerlagers durch Grüne und Linkspartei streitig gemacht werden. Noch deckt dagegen die Union unangefochten das gesamte Rechtsspektrum des bürgerlichen Wählerlagers ab, was Fragen aufwirft, warum sie unter Merkel nicht mehr als ein Drittel der Wählerschaft an sich bindet.

Die alte Lagerstruktur des Parteienwettbewerbs hat sich aufgelöst, ohne dass sich die Grundzüge einer neuen stabilen Kräftekonstellation herauschälen würden. Mehrheiten lassen sich nicht mehr durch dauerhafte, klare Lagerbildungen organisieren, sondern ergeben sich ad hoc aus der nicht mehr kalkulierbaren Arithmetik von Wahlergebnissen.

Bekanntlich hat die Merkel-CDU vor diesem Hintergrund bei den Wahlen 2009 auf eine bürgerliche Koalition gesetzt und brachte mit kläglichen 33,8 % Stimmenanteil eine schwarz-gelbe Regierung zuwege. Die Aufwindpartei FDP konnte mit ihren eklatanten 14,6 % die Wählerschwäche der Union überbrücken. Doch kaum im Amt, wurde der Vertrauensvorschuss der bürgerlichen Koalition verspielt, was die Westerwelle-Liberalen an den Rand des Wählerabgrunds führte. Wählertriumph und Absturz liegen nahe beieinander. An der FDP ging vorbei, dass auf dem Wählermarkt nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und dem Niedergang der neoliberalen Ideologie für eine schneidige, marktradikale Klientelpartei kein Platz mehr ist. Der mitfühlende Liberalismus einer gewandelten FDP muss erst einmal Mitgefühl beim Wähler wecken.

**»Die alte Lagerstruktur des Parteienwettbewerbs hat sich aufgelöst, ohne dass sich die Grundzüge einer neuen stabilen Kräftekonstellation herauschälen würden.«**

Die Grünen sonnen sich dagegen in einem elektoralen Allzeithoch, was bei der SPD Hoffnungen sprießen lässt, 2013 eine rot-grüne Regierungskoalition schmieden zu können. Nur surfen die Grünen gegenwärtig in schwindelerregender Höhe auf einer Welle der Popularität, weil ihnen temporär die Themenkonjunktur zuspiziert. Sollte jedoch ein Ausstiegskonsens aus der Kernenergie gefunden sein, kann dem Höhenrausch alsbald ein Kater folgen. Im Flügelstreit sind die Grünen zur Ruhe gekommen, weil ihnen die Option Rot-Grün rechnerisch eine realistische Chance auf Rückkehr an die Macht eröffnet. Zudem hat die Option Schwarz-Grün ihren Zauber verloren, nachdem die GAL in Hamburg bei den vorgezogenen Bürgerschaftswahlen gegen den Bundestrend mit mageren 11,2 % Stimmenanteil abgestraft wurde. Starke Kräfte in der Partei verfolgen aber weiterhin eine Strategie der Eigenständigkeit und wollen deshalb die Grünen sowohl gegenüber der SPD als auch der CDU/CSU offenhalten.

### Wofür steht die CDU? Wohin will sie?

Die Union ist von ihrer ganzen Seelenlage und in ihrer Mitglieder- und Wählerverankerung eine zutiefst behäbig-konservative Partei, die gerade in Zeiten von Turbulenz und Verunsicherung einen Stabilitätsanker liefern müsste. Doch Kanzlerin Angela Merkel läuft als Getriebene der Stimmungsdemokratie op-

**»Die CDU ist für Merkel keine Partei eigener zu bewahrender Identität, sondern ein Instrument, um ihre Kanzlerschaft zu sichern.«**

portunistisch jedem Umschwung um den Preis der Verlässlichkeit und Unaufgeregtheit hinterher. Eine strategische Handschrift ist den wendigen Volten ihrer Politik nicht zu entnehmen bis auf die Konstante, als Kanzlerin an der Macht zu bleiben. Die CDU ist dabei für Merkel keine Partei eigener zu bewahrender Identität, sondern ein Instrument, um ihre Kanzlerschaft zu sichern. Sie und ihre Berater suchen mit Hilfe eines

Modernisierungskurses die Nähe zur Grünen- und SPD-Wählerschaft, während das konservative Stammlager nicht mehr gepflegt wird. Das Christlich-Soziale hat sich von selbst verflüchtigt.

Seitdem leidet die Partei in ihrem Innern und gegenüber ihrer Wählerschaft an einem massiven Einbindungs- und Integrationsproblem, zumal sie Gefahr läuft, ihre katholische und bürgerlich-konservative Traditionswählerschaft nicht mehr bei der Stange halten zu können. Diese Integrationsschwäche glaubt Merkel mit einer »Mal so-mal so«-Politik übertünchen zu können. Doch zwischen ihrem riskanten kulturellen Modernisierungskurs und ihrer Stammklientel liegen Welten.

Um die im Süden Deutschlands noch starken Traditionswähler nicht weiter zu demobilisieren, schaltete Merkel bei den baden-württembergischen Landtagswahlen auf einen polarisierenden schwarz-gelben Lagerwahlkampf um und erntete dafür einen strategischen Scherbenhaufen. Mit dem abgewählten baden-württembergischen Ministerpräsidenten Mappus ist der letzte erklärte Konservative aus der Führungsriege der CDU verschwunden und macht diese Traditionskompanie umso heimatloser. Zugleich hat die Merkel-CDU selbst in ihrem Stammland die bürgerliche Mehrheitsfähigkeit verloren, so dass Schwarz-Gelb

als Machtperspektive hinfällig wurde. Die bürgerliche Lagerstrategie schlägt nun wie ein Bumerang zurück und führt die Union in die strategische Sackgasse.

Bisher hat Angela Merkel aber bei ihrem CDU-Aufstieg und dem Sprung ins Kanzleramt beneidenswert viel Glück gehabt, obgleich die CDU hierfür einen hohen Preis an Wählern und Mitgliedern zahlen musste. Doch mit dem Wegfall von Schwarz-Gelb sind von Merkel neue Wendemanöver zu erwarten. Sie wird die abgerissenen Fäden zu den Grünen wieder aufnehmen wollen. Allerdings werden die unterschiedlichen Vorstellungen vom Zeitpunkt des Atomausstieges ein schwarz-grünes Bündnis 2013 wohl erschweren. Einen Joker hält Merkel immer noch in der Hand, weil sie, wenn es 2013 für Rot-Grün nicht reicht, mit der SPD als Juniorpartner an der Seite in einer erneuerten Großen Koalition Kanzlerin bleiben könnte.

Nur fehlt der CDU unter Merkel der Kitt, um ihre auseinanderdriftende Wählerschaft zusammenhalten zu können. Taktische Spielereien verstärken eher dieses Manko. Es fehlt der Union viel zu sehr an Sinn und ideeller Transzendenz, um die Frage »Wofür steht die Partei und wohin will sie?« beantworten zu können.

### **SPD: Noch keine Durchlüftung geglückt**

Die SPD zieht sich zur eigenen moralischen Wiederaufrichtung an greifbaren Wahlerfolgen hoch, die in der NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und dem Hamburger Wahlgewinner Olaf Scholz ihren sichtbarsten Ausdruck finden. All das hat Gewicht, doch nichts an den jüngsten Wahlergebnissen und den beharrlich niedrigen Umfragewerten spricht dafür, dass die Partei eine Wende in ihrer desaströsen Wählerresonanz hätte herbeiführen können. Im Gegenteil zeigt das Wahlergebnis von Baden-Württemberg an, dass die SPD als Juniorpartner in einer grün-roten Regierungskoalition ihren Status als Volkspartei einbüßte. Hat doch erstmalig in der Nachkriegszeit eine ehemalige Kleinpartei, die Grünen, die Nase in der Wählergunst vorn und stellt nun den Ministerpräsidenten. Eine Volkspartei SPD ist dagegen entweder als Marktführerin in einem Regierungsbündnis stärkste Kraft und nimmt die Topposition ein, oder sie ist aus der Premiuliga der Volksparteien abgestiegen.

Ein Großteil der Verantwortung trägt die Partei selbst, weil sie aus ihrem fundamentalen Gewissheitsverlust und ihrer strategischen Richtungslosigkeit nicht herausfindet. Der neuen SPD-Spitze ist mit ihrem »wind of change« vom Ende 2009 keine substanzielle Durchlüftung der Partei geglückt, so dass die angestrebte organisatorische und programmatische Rundumerneuerung, die Ende 2011 in einem Reformparteitag gipfeln soll, auch noch versanden könnte. Unabhängig von ihrer allein durch die Stärke der Grünen erworbenen Rot-Grün-Option hält ihre strategische Ratlosigkeit an, wie sie aus eigener Kraft aus ihrem Wählertief herausfinden könnte.

**»Unabhängig von ihrer allein durch die Stärke der Grünen erworbenen Rot-Grün-Option hält die strategische Ratlosigkeit der SPD an, wie sie aus eigener Kraft aus ihrem Wählertief herausfinden könnte.«**

Das, was hierzu beitragen könnte, harrt eineinhalb Jahre nach dem Wahldesaster von 2009 immer noch der Klärung. So streut die innerparteiliche Macht zwischen Partei- und Fraktionsspitze sowie Ministerpräsidenten hin und her, ohne sich in einem Machtzentrum zu bündeln. Ohne Klärung der Führungsfrage gibt es aber keine Klärung der Richtungsfrage.

Wie die SPD als Mitgliederpartei wiederzubeleben ist und zur Zivilgesellschaft hin Anschluss finden kann, bleibt offen. Zudem fehlt es an einer kraftvollen Oppositionsstrategie, um aus der veritablen Schwäche von Schwarz-Gelb unter Merkel politisches Kapital zu schlagen. Längst müsste zudem die Schärfung des Markenprofils der Partei Fortschritte zeigen. Stattdessen kommt die Partei in ihrer strategischen Themenausrichtung nicht vom Fleck, weil Parteirechte und Parteilinke bei der SPD über Kreuz liegen. Der Wiederaufstieg soll mal durch Hinwendung zur Mitte-Rechts-Wählerschaft, mal zum traditionellen Mitte-Links-Wählerlager glücken. Die Lösung liegt indessen bei einer Wählerkoalition aus Mitte und Mitte-Links, für die jedoch als Bindeglied ein übergreifendes Politikkonzept gefunden werden müsste. Es allein bei unverbundenen Themenfeldern zu belassen, die gegenwärtig von Arbeitsgruppen beachert werden, wird diesen fehlenden geistigen Überbau nicht liefern können. Denn es geht um so Grundlegendes wie die Frage, wie die Kontrolle der Politik über die Wirtschaft zurückgewonnen und den besorgten Bürgern Gewissheit gegeben werden kann, dass die SPD als linke Volkspartei für den Wert von Arbeit und den Zusammenhalt der Gesellschaft einsteht.

### **Vertrauen zurückgewinnen**

Der Markenkern der SPD kann dabei nur die soziale Gerechtigkeit bleiben. Nur reicht dies nicht hin, sondern muss um ein ökonomisches und kulturelles Kompetenzprofil ergänzt werden. Dafür bedürfte es eines erweiterten Personaltableaus, über das speziell die ökonomische und kulturelle Kompetenz der Partei durch prominente Schlüsselpersonen glaubwürdig verkörpert würde.

Für die SPD besteht 2013 die Chance zur Rückbesinnung auf 150 bewegte Jahre ihrer langen Parteigeschichte. Als identitätspolitische Lehre wäre zu klären, für welches große Projekt sie heute noch steht und welche Mission sie sich für die Zukunft auf ihre Fahnen schreiben sollte. Eine Partei, bei der die wenigsten wissen, wo sie steht, kann sich nämlich nicht wieder aufrichten.

Die Parteien sind Turbulenzen ausgesetzt, die sie über alle Maßen herausfordern. Wie sich zeigt, rollen sie bei aufziehendem Unwetter ihre Takelage nicht ein, sondern spielen den fliegenden Holländer. Klaren Kurs fahren sie nicht. Sie haben sich kurzatmigen Themenkonjunkturen und Stimmungsturbulenzen ausgeliefert. Man müsste sich schon der Medienhektik entziehen. Geschwundenes Vertrauen in der Wählerschaft wird nur durch Standhaftigkeit und Beharrlichkeit zurückzugewinnen sein und durch ein glaubwürdiges Konzept, wie Deutschland stürmischen Zeiten trotzen könnte.